Berichtsvorlage
NüBad/009/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Werkausschuss NürnbergBad (NüBad)	17.07.2026	öffentlich	Bericht

Betreff:

Verbesserung der Barrierefreiheit im Volksbad sowie Anpassung der Zuschussregelungen im Behinderten- und Rehasport - Antrag der FDP vom 16.01.2026

Anlagen:
Antrag FDP
Sachverhalt_Antrag FDP

Bericht:

Die Stadt Nürnberg bekennt sich ausdrücklich zu den Zielen der Inklusion und Barrierefreiheit. Sowohl bei der Revitalisierung des Volksbades als auch bei der Förderung des Behinderten-, Inklusions- und Rehasports war und ist es der Anspruch, die Belange von Menschen mit Behinderungen bestmöglich zu berücksichtigen. Allerdings müssen dabei unterschiedliche fachliche, bauliche, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen beachtet werden, über welche im Sachverhalt berichtet wird. Aus Sicht von NürnbergBad und der Verwaltung bilden die vorliegenden Lösungen im Volksbad eine sachgerechte Entscheidung. Die aktuellen Förderinstrumente sind eine tragfähige Grundlage, die zugleich Raum für eine kontinuierliche Weiterentwicklung bietet.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☐ Nein

☒ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Es geht speziell um die Belange von Menschen mit Behinderungen.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **SpS**

☐

☐